

# VEREINBARUNG

zwischen der

**SPD Berlin-Lichtenberg, CDU Berlin-Lichtenberg  
und Bündnis 90 / Die Grünen Berlin-Lichtenberg**

über

**kommunalpolitische Zusammenarbeit in Lichtenberg 2011 bis 2016**

## I. Präambel

Im Mittelpunkt aller gemeinsamen politischen Anstrengungen der drei vertragsschließenden Parteien SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen steht der Grundsatz der Nachhaltigkeit. In diesem Sinne soll unser Heimatbezirk Lichtenberg in der kommenden Legislaturperiode vor dem Hintergrund einer Reihe gesellschaftlicher Herausforderungen weiter entwickelt werden. Dabei müssen ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichermaßen berücksichtigt werden.

*Ökologische Nachhaltigkeit:* Mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen soll generell schonend umgegangen werden, um sie für nachfolgende Generationen zu erhalten.

*Ökonomische Nachhaltigkeit:* Die öffentliche als auch die private Wirtschaftsweise sollen so angelegt sein, dass dauerhaft eine tragfähige Grundlage für Wohlstand erreicht wird.

*Soziale Nachhaltigkeit:* Die Teilhabe Aller in der Gesellschaft soll ermöglicht werden, indem ein Ausgleich zwischen den sozialen Kräften erfolgt und sie zur aktiven Teilhabe gewonnen werden.

Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, das alle Lebensbereiche und damit auch alle bezirkspolitischen Aufgabenfelder und Ressorts umfasst. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden, die durch Dialog, Partizipation und Übernahme von Verantwortung in einer lebendigen Bürgergesellschaft ihren Beitrag leisten können und sollen.

Die Partner treten dafür ein, dass die politischen Entscheidungen des Bezirksamtes und der BVV in der neuen Wahlperiode dem demografischen Wandel in besonderem Maße Rechnung tragen.

## **II. Politische Schwerpunkte im Bezirk Berlin-Lichtenberg**

### **a) Bürgerbeteiligung / Bürgerhaushalt / Transparenz**

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens gehört zu den Grundsätzen der vertragschließenden Parteien. Sie ist unverzichtbar, damit Bürgerinnen und Bürger politische Teilhabe erleben können und Bürgerschaft und Politik den Bezirk gemeinsam gestalten.

Hierzu wird der Lichtenberger Bürgerhaushalt fortgeführt. Er wird reformiert, um eine tatsächliche Haushaltsdebatte zu ermöglichen, Bürgerwünsche ernst zu nehmen, bürokratische Hürden zu verringern und den Umgang mit den Voten transparent nachvollziehbar zu gestalten. Es geht unter anderem um eine Steigerung der Beteiligung, eine Verringerung des zeitlichen Abstands zwischen Einreichen von Vorschlägen und deren Umsetzung sowie gegebenenfalls eine Neubestimmung der beteiligten Gremien und ihrer Aufgaben und Kompetenzen.

Die notwendigen Schritte werden in einer Arbeitsgruppe erarbeitet, die durch das für Finanzen zuständige BA-Mitglied einberufen wird und bis Ende des 1. Quartals 2012 erste Vorschläge vorlegt. Dafür wird unter anderem auch Hilfe durch eine externe Beratung in Anspruch genommen.

Die Arbeit der BVV soll transparenter werden. Die Vertragspartner setzen sich dafür ein, dass die BVV-Tagungen künftig live im Internet übertragen werden. Sie sollen zudem auf der Internetseite Berlin-Lichtenbergs zum Abruf bereitgestellt werden. So haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, unabhängig von Zeit und Ort an Diskussions- und Entscheidungsprozessen im Bezirk Lichtenberg teilzuhaben. Hierzu sollen die Geschäftsordnung der BVV entsprechend angepasst und die technischen Lösungen installiert werden, hierzu wird gegebenenfalls mit externen Partnern zusammen gearbeitet.

Die Umsetzung muss die Persönlichkeitsrechte Einzelner wahren. Die Vertragspartner gehen davon aus, dass die Bezirksverordneten als Personen des öffentlichen Lebens dieser Art und Weise der Veröffentlichung zustimmen.

Auch die Beschlussprotokolle des Bezirksamts werden zukünftig unter Beachtung des Datenschutzes öffentlich gemacht.

## **b) Bezirkshaushalt**

Die Partner sind sich darüber einig, dass im Sinne der Nachhaltigkeit die Aufstellung ausgeglichener Bezirkshaushalte notwendig ist, um so das Funktionieren des Bezirks und seiner Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Die Haushaltspolitik des Bezirkes zielt auf effizienten Einsatz der finanziellen Mittel unter den Prämissen der Kostentransparenz, Bürgerfreundlichkeit und Generationengerechtigkeit. Das neue Bezirksamt erarbeitet für die Aufstellung des Bezirkshaushalts 2012/13 Vorschläge, die allen BVV-Fraktionen zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Zu ihrer Umsetzung bedürfen die jeweiligen Vorschläge der Zustimmung aller drei Partner.

Laut einem Schreiben der Senatsverwaltung für Finanzen ist mit einem Beschluss des Abgeordnetenhauses über den Landeshaushalt 2012 nicht vor Mai 2012 zu rechnen. Für den Bezirkshaushalt ist demnach eine Übergangsregelung notwendig, um beispielsweise die Arbeit der Freien Träger zu gewährleisten.

## **c) Schule**

Die Schwerpunktprojekte der Lichtenberger Bildungspolitik werden gemeinsam und im Dialog mit den Betroffenen entschieden. Der Beschluss zum neuen Schulentwicklungsplan wird 2013/14 gefasst, um so die noch ausstehenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zur Inklusion einarbeiten und weitere Finanzmittel für Schulen einwerben zu können, aus öffentlichen und gegebenenfalls auch aus privaten Mitteln.

Der Beschluss der Schulentwicklungsplanung bedarf der Zustimmung aller drei Vertragspartner.

Mindestens die in der beschlossenen bezirklichen Investitionsplanung 2011-15 für die Schaffung von dringend erforderlichen Grundschulplätzen festgelegten finanziellen Mittel werden dafür auch weiterhin zweckgerichtet eingesetzt bzw. weiter fortgeschrieben.

Die Partner bestätigen die in der vergangenen Legislaturperiode durchgeführte Schulreform und stellen deren Ergebnisse nicht in Frage, soweit diese dem Prinzip der Freiwilligkeit in den Schulen folgen. Träger freier Schulen werden beachtet.

#### **d) Kindertagesstätten**

Die Kitaentwicklungsplanung wird konkretisiert, hieraus werden schnellstmöglich die erforderlichen Maßnahmen abgeleitet. In den nächsten zwei Jahren werden die dringend benötigten neuen Kitaplätze vor allem durch Unterstützung des Engagements freier Träger geschaffen, beispielsweise im Carls-  
garten, in der Eitelstraße, Am Breiten Luch. Unter anderen werden verstärkt die Fördermittel des Programms Stadtumbau Ost auf diesen Zweck konzentriert.

Darüber hinaus wird sich das Bezirksamt gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen und dem Liegenschaftsfonds des Landes Berlin intensiv für die kostengünstige oder entgeltfreie Übertragung von Grundstücken an die jeweiligen Kita-Träger einsetzen.

Der Kitaeigenbetrieb Nordost soll mehr Verantwortung für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern übernehmen, auch über den eigenen Bedarf hinaus.

Ein zentrales Koordinationsverfahren zur Kitaplatzvermittlung unter Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse der Eltern und ihrer Kinder wird angestrebt, dieses muss jedoch den erforderlichen Datenschutz berücksichtigen. Die Erteilung des Kitagutscheins und die Vergabe der Hortplätze bleiben auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet.

#### **e) Jugendbereich**

Die bezirklichen „Leitlinien für familienunterstützende Hilfen – zur Stärkung junger Menschen, Familien und sozialer Nachbarschaft“ werden weiterhin berücksichtigt und gemäß der aktuellen Entwicklungen der Lichtenberger Ortsteile konkretisiert. Junge Menschen und ihre Familien erhalten die Erziehungshilfen, die sie benötigen. Angebote der Jugendhilfe durch Freie Träger werden durch Leistungsverträge und Zuwendungen finanziell gesichert.

Die strukturellen Bedingungen der Jugendhilfe und des Kitabereichs werden Themen einer durch die Vertragspartner zu gründenden AG Jugend.

Die Kinder- und Jugendbeteiligung soll gestärkt werden, beispielsweise durch Kinder- und Jugendparlamentsprojekte.

#### **f) Klimaschutzprogramm / Energetische Sanierung:**

Die Umsetzung des beschlossenen integrierten Lichtenberger Klimaschutzprogramms wird aktiv betrieben. Im Bereich der anstehenden Gebäudesanierungen (insbesondere Schul- und Sportstätten-sanierungen) werden in der Wahlperiode die energetischen Standards bei Modellprojekten bis hin zu Null-Energiehäusern erweitert. Zur Realisierung sollen zusätzliche finanzielle Mittel (zum Beispiel durch Förderprogramme, Stiftungen, Bundes- oder EU-Programme sowie durch faire Öffentlich-Private Partnerschaft) eingeworben werden, um den Kostenanteil, der über den gesetzlich vorgegebenen Energiestandard hinausgeht, zu decken.

#### **g) Gender Mainstreaming**

Am Ziel, Gender Mainstreaming für die Arbeit des Bezirksamtes zu nutzen, wird festgehalten. Gender Mainstreaming ist ein Querschnittsinstrument. Die Partner verständigen sich darauf, dass Gender Mainstreaming in der Arbeit aller BVV-Ausschüsse sowie in der BVV regelmäßig vorkommt.

In der Arbeit des Bezirksamtes werden in unterschiedlichen Bereichen Projekte angeregt, um einen gendergerechten Haushalt aufstellen zu können. Immer mehr Bereiche werden darin einbezogen werden. Für die kommenden Jahre werden mindestens zwei Projekte zusätzlich realisiert:

- die gendergerechte Untersuchung der Nutzung der bezirklichen Grünflächen (Laufzeit 2-3 Jahre)
- Erarbeitung eines Konzepts für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit beim gendergerechten Haushalt (Laufzeit 2 Jahre).

#### **h) Biomassekraftwerke am Standort Klingenberg**

Die Planung der beiden Biomassekraftwerke am Standort Klingenberg wird kritisch hinterfragt.

Die energetische Biomassenutzung, die Vattenfall derzeit durch den Bau von zwei Biomassekraftwerke plant, geht in ihrer Größenordnung mit ca. 700.000 Tonnen zu verbrennender Biomasse jährlich weit über jedes in Europa existierende Biomasseprojekt hinaus. Der Einsatz von Biomasse ist unbestritten eine Komponente in einem zukunftsfähigen Energiemix mit steigender Bedeutung. Die steigende Nachfrage nach Biomasse für die Energiegewinnung führt aber bereits jetzt zu massiven Konflikten mit dem Umwelt- und Naturschutz und sozialen Zielen sowie zu Flächenkonkurrenzen mit der Nahrungsmittelproduktion oder dem Anbau zur stofflichen Nutzung.

Deshalb wird der Bau der Biomassekraftwerke am Standort Rummelsburger Bucht nur dann ermöglicht, wenn der Investor stichhaltig und prüfbar nachweist, dass eine nachhaltige Beschaffung der Biomasse mit hohen sozialen Standards und Umweltstandards über die gesamte Laufzeit der Biomassekraftwerke hin gesichert ist. Hiervon müssen mindestens die ersten 15 Betriebsjahre bereits vertraglich gesichert sein.

Dieser Nachweis muss für jeden der drei Partner der Zählergemeinschaft überzeugend sein. Erst wenn alle drei Partner das erklären, kann dafür Planungsrecht geschaffen werden.

Zudem wird die CO<sub>2</sub>-Bilanz der beabsichtigten Biomassenutzung kritisch nachgefragt. Diese muss mindestens besser ausfallen als die CO<sub>2</sub>-Bilanz alternativ realisierbarer Konzepte zur Deckung des Energiebedarfs.

#### **i) Wirtschaft**

Die Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf im Rahmen des Eastside-Projekts zur Entwicklung des gemeinsamen Gewerbegebietes wird fortgesetzt und vertieft. Die Wirtschafts- und Tourismusförderung im Bezirk soll forciert werden.

Es besteht Konsens zwischen den Partnern, dass ein Globus-SB-Warenhaus mit unter 5.000 qm Verkaufsfläche an der Landsberger Allee vom Bezirk befürwortet werden soll, da es sich in dieser Größe in die vorhandene Zentrenstruktur einfügt und für die Entwicklung an der Landsberger Allee sinnvoll ist. Bei den Partnern besteht der Wunsch, dass sich das Unternehmen im Bezirk sozial engagiert.

#### **j) Öffentliche Aufträge / Vergabeforen**

Die vertragschließenden Parteien streben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge größtmögliche Transparenz unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen an. Bei Quartiersmanagementprojekten wird die Gründung von Vergabeforen unter Einbeziehung von Trägern vorgesehen.

## **k) Mieterschutz**

Mietsteigerungen dürfen nicht zur Verdrängung der angestammten Mieter führen. Weitere soziale Segregation soll vermieden werden. Das kommunale Eigentum an Wohnraum muss diesem Ziel dienen und darf nicht eher das Gegenteil bewirken. Dazu wird ein Runder Tisch Mieten mit der HOWOGE und den Wohnungsgenossenschaften sowie Vertretungen der Mieterschaft eingerichtet.

Weiterer Wohnungsbau soll auf bereits ausgewiesenen Bauflächen ermöglicht werden, um so durch die Erweiterung des Angebots Mietsteigerungen zu dämpfen.

## **l) Regionalbahnhöfe**

Die Regionalbahn-Haltestellen Karlshorst und Hohenschönhausen müssen erhalten, saniert und ausgebaut werden. Die Partner setzen sich gemeinsam im Bezirksamt und in der BVV für dieses Ziel ein und legen den ihren Parteien zugehörigen Lichtenberger Mitgliedern des Abgeordnetenhaus ausdrücklich ein entsprechendes Engagement und Abstimmungsverhalten im Abgeordnetenhaus nahe.

Das betrifft auch das Engagement der Partner für die Zukunft des Bahnhofs Lichtenberg.

## **m) Sicherheit**

Der jährlich stattfindende Sicherheitskonvent des Bezirkes hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Zur Verringerung objektiv oder subjektiv bestehender Angsträume sollen entsprechende Lösungen gemeinsam mit den Baubeiräten entwickelt und angegangen werden. Wir setzen uns dabei für ein sauberes Lichtenberg ein und unterstützen entsprechendes bürgerschaftliches Engagement.

## **n) Kultur**

Lichtenberg verfügt über eine Vielzahl kultureller Angebote mit zum Teil überbezirklicher Ausstrahlung und eine beachtliche Infrastruktur, zu der auch bürgerschaftlich organisierte oder private Projekte gehören. Dieses gilt es zu erhalten und nach Maßgabe der haushaltlichen Möglichkeiten auszubauen. So ist etwa der Medienetat der Lichtenberger Bibliotheksstandorte in angemessener Höhe und auf Dauer zu sichern.

## **o) Gedenken und Erinnern**

Den Opfern der Verfolgungen und Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus und in der DDR (und der sowjetischen Besatzungszone) soll weiter in angemessener Form gedacht und die Geschichte in ihrem jeweiligen historischen Kontext aufgearbeitet werden. Insbesondere in Lichtenberg befinden sich viele Orte, an deren unrühmliche Geschichte das Gedenken wach gehalten werden muss.

Unter Federführung des Bezirksbürgermeisters und in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen der Betroffenen wird ein mit den Partnern abgestimmtes Lichtenberger Gesamtkonzept des Gedenkens entwickelt und umgesetzt. In Rummelsburg ist zeitnah ein Gedenkort für die verschiedenen Gruppen, die im Laufe der Geschichte des Arbeitshauses / Gefängnisses Ausgrenzung und Unrecht erfuhren, einzurichten. Wegen der berlinweiten Bedeutung dieses Gedenkortes wird dazu die Unterstützung des Senats von Berlin eingefordert.

## **p) Dissense bei einzelnen Landesthemen**

Die vertragschließenden Parteien stellen fest, dass es trotz vieler Verständigungen zur politischen Zusammenarbeit in den nächsten Jahren Themenbereiche gibt, bei denen keine Übereinstimmung zu erzielen ist.

Beim Umgang mit den Themenkomplexen Tangentialverbindung Ost und Verlängerung der BAB 100 (die beide nicht in Berlin-Lichtenberg liegen jedoch Auswirkungen auf den Bezirk haben) besteht zwar eine politische Übereinstimmung zwischen der SPD und der CDU, nicht jedoch mit Bündnis 90 / Die Grünen. Bei diesen Themen halten die Partner der Zählgemeinschaft an ihren kontroversen Positionen fest und werden sich auch weiterhin kontrovers engagieren.

Dieses unterschiedliche politische Engagement führt jedoch nicht zum Bruch der hier im Bezirk Lichtenberg vereinbarten Zählgemeinschaft.

## **q) Gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Menschenverachtung**

Die vertragschließenden Parteien werden sich ausländerfeindlichen, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen entschlossen entgegen stellen.

### III. Vorstand und Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung

- a) Der Vorstand der BVV soll sieben Mitglieder umfassen, so dass jede Fraktion mit mindestens einem Mitglied vertreten ist.
- b) Das ungeschriebene Recht der größten Fraktion, einen Vorschlag für das Amt der Vorsteherin / des Vorstehers zu unterbreiten, wird respektiert.
- c) Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erhält das Recht, einen Vorschlag für das Amt der Stellvertretenden Vorsteherin/des Stellvertretenden Vorstehers zu unterbreiten.
- d) Die Anzahl der Ausschüsse soll auf 13 festgelegt werden; die Zahl der Mitglieder soll überall dort, wo sie nicht gesetzlich festgeschrieben ist, 12 und im Ausschuss für Integration 15 betragen.
- e) Folgende BVV-Ausschüsse sollen gebildet werden:
  - Haushalt, Personal, Auftragsvergabe, Grundvermögen
  - Ökologische Stadtentwicklung
  - Jugendhilfe
  - Wirtschaft und Arbeit
  - Bildung und Sport
  - Soziales, Menschen mit Behinderungen und Mieterschutz
  - Umwelt und Gesundheit
  - Integration
  - Rechnungsprüfung
  - Kultur
  - Öffentliche Ordnung und Verkehr
  - Geschäftsordnung, Eingaben und Beschwerden
  - Bürgerbeteiligung, Bürgerdienste, Verwaltungsmodernisierung
- f) Die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD tauschen den 4. und den 12. Zugriff auf Ausschussvorsitze. Eine überfraktionelle Einigung beim Zugriff auf die Ausschussvorsitze wird angestrebt.
- g) Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erhält von der Fraktion der SPD das Recht vier Bürgerdeputierte zur Wahl vorzuschlagen; die SPD hält an einem Mitspracherecht fest, in welche Ausschüsse diese entsandt werden. Darüber muss zwischen beiden Partnern Einvernehmen herrschen.

#### IV. Ressortverteilung und Vertretung in Gremien

- a) Die SPD stellt im Bezirksamt Lichtenberg den Bezirksbürgermeister und übernimmt die Verantwortung für zwei Abteilungen.
- Wirtschaft, Personal und Finanzen
    - Serviceeinheit Personal, Finanzen und Controlling
    - Büro für Wirtschaftsförderung
    - Steuerungsdienst incl. Sozialraumorientierte Planungskoordination
    - Rechtsamt
  - Bildung, Kultur, Soziales und Sport
    - Schul- und Sportamt
    - Amt für Soziales
    - Amt für Weiterbildung und Kultur
- b) Die CDU übernimmt im Bezirksamt Lichtenberg die Verantwortung für die Abteilung
- Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
    - Stadtentwicklungsamt
    - Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt
    - Umwelt- und Naturschutzamt
- c) Die Linkspartei stellt den Stellvertretenden Bezirksbürgermeister und übernimmt mit zwei Bezirksamtsmitgliedern die Verantwortung in den Bereichen:
- Jugendamt
  - Gesundheitsamt
  - Amt für Bürgerdienste
  - Serviceeinheit Facility Management
  - Ordnungsamt (einschließlich der Straßenverkehrsbehörde)
  - Amt für regionalisierte Ordnungsaufgaben
- d) In die Trägerversammlung des Jobcenters werden die Bezirksamtsmitglieder der Partner entsandt.
- e) Im Kita-Eigenbetrieb Nordost wird der Bezirk durch den Bezirksbürgermeister, durch das für das Jugendamt zuständige Bezirksamtsmitglied sowie durch einen Bezirksverordneten von Bündnis 90 / Die Grünen als Vertreter der BVV vertreten.

## V. Kooperation und Abstimmung

Einigkeit besteht im Wunsch der Partner, in der BVV und im Bezirksamt eine vertrauensvolle und längerfristige Zusammenarbeit zu gewährleisten. Dabei müssen die politischen Interessen aller drei beteiligten Parteien jeweils berücksichtigt und selbstverständlich auch öffentlich sichtbar werden.

Die Partner informieren sich frühzeitig über gegebenenfalls bestehende oder entstehende unterschiedliche Vorstellungen in wichtigen bezirklichen Angelegenheiten. Zur Koordinierung der Arbeit der Fraktionen beziehungsweise zur Bewältigung möglicher Interessenkonflikte wird eine sogenannte Koa-Runde gebildet, die regelmäßig sowie bei Bedarf kurzfristig tagen wird (wenn eine der beteiligten Parteien den Wunsch dazu ausspricht). Auch die Fraktionsvorstände der drei Parteien konsultieren sich im Vorfeld der Tagungen der BVV regelmäßig.

Die Mitglieder der BVV-Fraktionen der drei Parteien richten ihr Wahlverhalten in der BVV so aus, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten der drei Parteien für alle vereinbarten Positionen in BVV-Vorstand, Bezirksamt und sonstigen Gremien gewählt werden.

Keiner der drei Partner trifft Vereinbarungen mit anderen Parteien, die dieser Wahlvereinbarung widersprechen.

Die drei Partner bilden zur Findung und Abstimmung gemeinsam zu vertretender Positionen jeweils Arbeitsgruppen mindestens in den Bereichen:

- Finanzen
- Wirtschaft
- Jugend und Kita sowie
- Schule

Die Partner vereinbaren, dass der Koa-Runde und den erwähnten Arbeitsgruppen jeweils zwei Vertreter pro Partei angehören sollen.

Die Partner stimmen sich bei den Bürgerdeputierten für den Jugendhilfeausschuss ab.

Berlin, den 25. Oktober 2011



Für die SPD

Bürgerdeputierter  
  
Für die CDU



Für Bündnis 90 / Die Grünen